



### Identifizierung per Video für Nicht-Banken verboten

Im Rahmen der aktuell diskutierten Digitalisierung des Zeichnungsprozesses wurde und wird stets davon ausgegangen, dass auch die Identifizierung des Anlegers online geschehen kann. Dafür gibt es spezielle Dienstleister wie IDnow oder die Post. Diese Überlegungen sind nun hinfällig. In einem neuen BaFin-Rundschreiben 04/2016 vom 10.06.2016 bezüglich Anforderungen an die Nutzung von Videoidentifizierungsverfahren stellt die BaFin klar: „Das Videoidentifizierungsverfahren kann ( ... ) nur noch durch Kreditinstitute i.S.d. § 1 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes genutzt werden.“ Aktuell wird von der BaFin überlegt, ob diese bereits gültige Regelung nochmals aufgeschoben wird. An dem grundsätzlichen Verbot dürfte sich wohl nichts mehr ändern. Das Rundschreiben finden Sie hier: [BaFin-Rundschreiben](#).

### BaFin richtet Meldeplattform für Whistleblower ein

Die BaFin verfügt nun über eine zentrale Stelle für Hinweisgeber – sogenannte Whistleblower. Dort können Verstöße gegen aufsichtsrechtliche Bestimmungen gemeldet werden. Bei der Identifizierung von Verstößen gegen das Aufsichtsrecht kommt Whistleblowern eine große Bedeutung zu. Sie können wertvolle Beiträge dazu leisten, das Fehlverhalten einzelner Personen oder ganzer Unternehmen innerhalb des Finanzsektors aufzudecken und die negativen Folgen dieses Fehlverhaltens einzudämmen beziehungsweise zu korrigieren. Mit der Hinweisgeberstelle hat die BaFin nicht nur eine zentrale Stelle geschaffen, die für die Entgegennahme solcher Meldungen zuständig ist, sondern auch ein spezielles Verfahren, um die Identität der Hinweisgeber besonders zu schützen.

### Strafzinsen für Privatkunden

FAZ (17.06.2016): „Die größte deutsche Nachhaltigkeitsbank, die GLS Bank aus Bochum, will vom 1. Januar an von allen Kunden einen monatlichen Betrag von 5 Euro verlangen – zusätzlich zu den ebenfalls steigenden Kontoführungsgebühren. ( ... ) Das Vorhaben mache die wirtschaftlichen Zwänge im Bankwesen mehr als deutlich, sagt Hans-Peter Burghof vom Lehrstuhl für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen der Universität Hohenheim. „Alle Banken müssen versuchen, irgendwie an Einnahmen zu kommen, um den negativen Ertragseffekten der Niedrigzinsphase und der teuren Regulierung zu begegnen. ( ... )“

Der Präsident der deutschen Finanzaufsicht BaFin, Felix Hufeld, hat sich zuletzt häufiger zu Wort gemeldet und die Banken ermahnt, ihre Geschäftsmodelle zu überarbeiten. Deutschlands höchster Bankaufseher hält es für fatal, dass die Institute noch immer zu 80 Prozent von den Zinserträgen abhängen.“

FAZ (01.07.2016): „Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon fürchtet eine Welle ( ... ) Auf der Bankenkonferenz der „Börsen-Zeitung“ schlossen er und der Vorstandsvorsitzende der Postbank, Frank Strauß, negative Zinsen für Privatkunden nicht mehr aus. **„Wenn der Erste anfängt, geht eine Welle los, vor der sich der Letzte nicht mehr retten kann“**, sagte Fahrenschon ( ... ) Ähnlich hatte sich am Vortag der Präsident des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), Uwe Fröhlich, geäußert. ( ... )

Der Präsident des Verbandes öffentlicher Banken (VOB), Gunter Dunkel, forderte die Landesbanken auf, in der Niedrigzinsphase neue Ertragsquellen zu erschließen. ( ... ) Dunkel leitete daraus vor allem Folgen für das Privatkundengeschäft ab: „Kunden werden sich daran gewöhnen, dass Konten wieder etwas kosten, dass Buchungen wieder etwas kosten und dass Wertpapiertransaktionen signifikant etwas kosten“, sagte Dunkel – und fügte hinzu: „Darum wird es gehen: Margenerhöhung durch Spezialisierung und schlicht Preiserhöhungen, die wir durchsetzen müssen.“

Man mag sich im Falle von Negativzinsen für Privatanleger vorstellen, was mit der Nachfrage nach Gold, Silber, Tresoren und nicht zuletzt nach Sachanlagen passiert.